

70 Jahre KBA

10

mit dbb seiten

Dem Mobilitätsbedürfnis gerecht werden

MAGAZIN

Oktober 2021 • 71. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

jetzt wissen wir, was wir mit unserer Stimme zur Bundestagswahl ausgelöst haben, oder?

Die stärkste Kraft im Lande liegt weit unter den Wahlergebnissen von Willy Brandt und die Union weit unter den Wahlergebnissen ihres Vorbildes Konrad Adenauer. Die sogenannten „kleinen“ Parteien kommen auf über zehn Prozent und in einem Fall fällt das Ergebnis unter die Fünf-Prozent-Hürde. Mit Ihnen bin ich gespannt, was das für die Regierungsbildung bedeutet. Der Mechanismus ist der immer gleiche – man betont allenthalben die Kompromissfähigkeit und spielt statt mit Muskeln mit den Stimmenzuwächsen bei der Wahl.

Für die Bundesverwaltung und die dortigen Arbeitsbedingungen bedeutet das gespanntes Abwarten, wer am Ende koalieren wird. Für die Bundesministerien bedeutet es in den meisten Fällen beim sogenannten „Farbwechsel“ das große Stühlerücken.

Und nicht nur das. Spannend wird die Frage sein, welche Vorhaben eine neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag für den öffentlichen Dienst und insbesondere die Bundesverwaltung treffen wird. Wahrscheinlich werden wir auch wieder organisatorische Entscheidungen verkraften müssen, sei es das von der FDP im Wahlprogramm favorisierte Digitalministerium oder das von den Grünen im Wahlkampf aufgerufene Klimaschutzministerium. Damit sind zwei mögliche Organisationsvarianten von derzeit zwei sicher in der künftigen Bundesregierung vertretenen Parteien schon mal auf dem Tisch.

Der Bundesvorstand hat anlässlich seiner Klausurtagung in der dbb akademie in Königswinter nicht nur das von allen Vor-Ort-Anwesenden positive „Wir-Gefühl“ durch Präsenz genießen können, sondern sich auch auf ein Forderungspapier an die neue Bundesregierung verständigt, welches Sie auf der Homepage des vbob finden können und das bereits mediale Aufmerksamkeit erzeugt hat.

Lesen Sie in dieser Ausgabe über die Klausurtagung, deren Beschlüsse und auch das Forderungspapier.

Die Diskussionen um die Regelungen zur Impfung gegen das Coronavirus reißen nicht ab. 2G ... 3G ... wie verhält sich das mit Veranstaltern und Gästen etc. Die Begrenzung der Lohnfortzahlung bei angeordneter Quarantäne, wenn jemand nicht geimpft ist, erhitzt ebenso die Gemüter. Diesem aus dem Weg gehen kann man durch die Impfung. Diese schützt nicht nur andere, sondern auch Sie selbst. Ich empfehle Ihnen bei Vorliegen der gesundheitlichen Voraussetzungen noch vor dem Herbst den Selbstschutz durch Impfung.

Erstaunlicherweise war die Pandemie nicht in dem Umfang, wie man es erwarten konnte, Gegenstand des Wahlkampfes, sodass wir nicht einschätzen können, welche Schritte die Parteien nun nach der Wahl planen.

Ein weiteres Thema könnte nach der Bildung einer neuen Bundesregierung erneut auf die Agenda kommen – die Bürgerversicherung. Bedauerlicherweise wird diese Diskussion durch die Fordernden sehr dogmatisch betrachtet. Der vbob hat sich hier auf Basis der Faktenlage eindeutig dagegen positioniert.

Die Vorteile, die einige künftig vielleicht regierungsbeteiligte Parteien aufzeigen, werden durch die Nachteile für alle Versicherten deutlich übertroffen. Sachlichkeit und Politik sind hier leider unverträglich.

Es wird in vielerlei Hinsicht ein spannender Herbst, vielleicht haben wir schon in der nächsten Ausgabe Gelegenheit, über die wesentlichen Eckpunkte einer Koalition zu berichten.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Beste Grüße

Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> 70 Jahre KBA: Ein multifunktionaler Dienstleister im Wandel der Zeit	4–7
> Klausur Bundesvorstand: Forderungen an die neue Bundesregierung verabschiedet	7–8
> Horst Maiwald für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt	8
> Grillen, Wahlen und Solidarität	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Nachrufe	12
> dbb	
> Resolution des dbb Bundeshauptvorstandes: Klare Absage an die Einheitsversicherung	13
> dbb Bürgerbefragung 2021: Der Staat in der Vertrauenskrise	14
> nachrichten	16
> 13. dbb Forum Personalvertretungsrecht: Intessenvertretung im öffentlichen Dienst der Zukunft	18
> Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Hessen: Schwieriger Start	22
> Interview: Prof. Dr. Martin Voss, Leiter der Katastrophenforschungsstelle der Freien Universität Berlin	24
> drei fragen an Gerd Friedsam, Präsident des Technischen Hilfswerks (THW)	26
> meinung – Versagen in der Krise: Resilienz und Überheblichkeit	27
> europa – Gemeinsames Handeln gegen die Waldbrände in Europa	28
> senioren – Mögliche Doppelbesteuerung von Renten	30
> frauen – Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung	32
> gleichstellung – 15 Jahre Antidiskriminierungsgesetz in Deutschland	34
> service für dbb mitglieder	38
> jugend – Kinder- und Jugendschutz stark machen	40
> dialog – Dialogreihe zur Verwaltungsdigitalisierung: Zoll und Jugend wollen digitaler werden	42

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Drei-zehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** AdobeStock, Fotolia, vbob. **Titelbild:** Pressestelle KBA

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 37,70 Euro zzgl. 7,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,20 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62 (dbb magazin) und Preisliste 41 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage dbb magazin:** 553060 (IVW 2/2021). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



70 Jahre KBA Ein multifunktionaler Dienstleister im Wandel der Zeit

Am 4. August 2021 feierte die zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gehörende Bundesoberbehörde Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) ihr 70-jähriges Bestehen.

Nach der Gründung der Behörde im Jahre 1951 hat das KBA seit 1961 seinen Dienstsitz in der Fördestadt Flensburg, seit 1990 einen Dienstsitz in Dresden, wo die Aufgaben und Räumlichkeiten des ehemaligen Kraftfahrtechnischen Amtes der DDR in die Organisation der Oberbehörde integriert wur-

den, und seit knapp vier Jahren einen weiteren Dienstsitz in der Nachbargemeinde Harrieslee, an dem das Kraftfahrt-Bundesamt ein eigenes Abgaslabor eingerichtet wurde. Pünktlich zum Jubiläum des Amtes sind die Laboreinrichtungen mit den notwendigen technischen Messeinrichtungen abschließend fertigge-



stellt worden. Zum Harrisleer Abgaslabor gehört auch das Testcenter Leck mit einer Prüfstrecke, auf der die Kraftfahrzeuge während der Fahrt hinsichtlich ihrer Emissionen ausgewertet werden und Prüfmöglichkeiten für automatisiertes und autonomes Fahren bestehen.

► Der Aufbau der Behörde

Das Kraftfahrt-Bundesamt besteht mittlerweile aus fünf Abteilungen, die sich mit unterschiedlichen Aufgaben befassen:

Die Abteilung 1 **Zentrale Dienste** ist nicht nur Dienstleister für die weiteren vier Fachabteilungen, sondern auch Serviceanbieter für das Verkehrsressort und die Landes-

und Kommunalverwaltungen in Deutschland.

Das KBA bietet derzeit über 1 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen sicheren und modernen Arbeitsplatz und hat in Norddeutschland einen Namen als gute Ausbildungsbehörde für die bekannten Verwaltungsberufe, aber auch darüber hinaus für verschiedene duale Studiengänge.

Mit dem Personalzuwachs haben sich auch die Größe und das Aussehen der Liegenschaft des Amtes verändert. In unmittelbarer Nähe zur Fördestraße 16 im Ortsteil Mürwik konnten ehemalige Einrichtungen der Marine zu Büroräumen umgebaut und von der BI mA angemietet werden.

Die Kernkompetenz der Abteilung 1 ist weiterhin die leistungsstarke Informationstechnik mit ihren amtsinternen Aufgabenfeldern, wie der Softwareentwicklung für die Großregister der Abteilung 2 und die statistischen Auswertungen durch die Abteilung 3. Aber auch für die vielen externen User in der Bundesrepublik und in Europa, die über verschiedenste Online-Verfahren angebunden sind.

In der Abteilung 2 **Zentrale Register**, sind die teilweise europaweit agierenden Zentralen Register, wie das ZFZR (Zentrales Fahrzeugregister) mit seiner chronologischen Fahrzeugakte, die bei Zulassungen von Fahrzeugen wichtigste Informationsquelle, angesiedelt. Seit 2017 werden übrigens auch

die Ergebnisse der jeweiligen Hauptuntersuchungen (inkl. der Kilometerstände) in das Register aufgenommen. Das zentrale Fahrzeugregister hat vielfältige Verbindungen zu anderen Behörden wie den Zulassungsbehörden der Kommunen, dem BAFA und den Finanzämtern/Zollbehörden sowie zu den Versicherungsgesellschaften.

Im Fahreignungsregister (FAER), früher Verkehrszentralregister, sind zurzeit mehr als 13 Millionen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer eingetragen. Die betroffenen Personen sind bei der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern und anderen nicht motorisierten Fortbewegungsmitteln oder auch als Fußgänger im Straßenverkehr auffällig geworden. Die Entscheidungen an das FAER ergehen durch Gerichte, Bußgeld- und Fahrerlaubnisbehörden, gliedern sich in Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und verwaltungsbehördliche Entscheidungen.

Die Digitalisierung des FAER schreitet zügig voran. In den kommenden Jahren werden auch die letzten Papierakten in die mittlerweile vollständig digitale Verarbeitung der eingehenden Mitteilungen übernommen, sodass alsbald alle Großregister der Abteilung rein digital arbeiten.

Das Zentrale Fahrerlaubnisregister (ZFER) speichert seit dem 1. Januar 1999 jeden neu ausgegebenen Kartenführerschein. Das Register löste damit den zuvor ausschließlich dezentralen Führerscheinnachweis in den Bundesländern ab.

Das mit dieser Aufgabe beauftragte Referat wurde im Lauf der Jahre mit der Führung weiterer Großregister beauftragt. Vor einigen Jahren mit der Einführung des digitalen Fahrten-schreibers in Nutzfahrzeugen führt die Abteilung das Zentrale Kontrollgeräteartenregister (ZKR) und seit Mai 2021 das Be-



> Das Verkehrszentralregister vor 60 Jahren ...

rufskraftfahrerqualifikationsregister (BQR), in dem zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und in Erwartung einer umweltschonenderen Fahrweise Daten über die Qualifizierungsmaßnahmen von Berufskraftfahrern und -fahrerinnen erfasst werden.

Fünf Register für mehr Sicherheit im Straßenverkehr und zur Verbesserung der Umwelt.

Ab Herbst 2021 werden sowohl die Positivdaten des ZFER als auch die Negativdaten des FAER auf Wunsch des Inhabers eines Kartenführerscheins dazu genutzt, diesen digital darzustellen, um ihn beispielsweise an Mietwagenunternehmen oder Flottenbetreiber weiterzuleiten oder vorzuzeigen. Dies stellt einen weiteren Schritt im digitalen Service des KBA dar und basiert auf dem gleichen Prinzip wie die bereits seit längerem angebotenen Online-Registerauskünfte, welche mittels NFC-fähigem Smartphone, Ausweis mit Online-Funktion und geeigneter Software (Ausweis-App) gebührenfrei für Selbstauskünfte rund um die Uhr genutzt werden können. Die Homepage des Kraftfahrt-Bundesamtes

erläutert hierzu weitere Details und Nutzungswege.

In der Abteilung 3 **Statistik** erstellen die eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Basis der Registerdaten Aussagen über die Verhältnisse rund um das Fahrzeug und die nutzenden Personen. Die Produktauswahl aus den Bereichen Fahrzeugstatistiken, Kraftfahrerstatistiken und Kraftverkehrsstatistiken ist vielfältig. Herauszuheben sind sicherlich die Fahrzeugneuzulassungen, die jeden Monat wieder von vielen Interessierten – insbesondere den Fahrzeugherstellern – erwartet werden. Ebenfalls interessant sind sicherlich auch die Statistiken zu der Anzahl der Fahrerlaubniserteilungen nebst der Art und Menge der Fahrerlaubnismaßnahmen gegen auffällige Fahrzeugführer.

Eine Vielzahl der Statistiken wird sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene bereitgestellt und für

verkehrspolitische Entscheidungen abgefordert. Neben den Standardveröffentlichungen werden auch noch Individualauswertungen gegen Kostenerstattung durchgeführt.

Das KBA ist ein anerkannter Teil des Europäischen Statistischen Systems (ESS). Im Rahmen von Open Data stellt das Amt Daten der staatlichen Verwaltung öffentlich bereit. Kostenfrei und für alle rund um die Uhr.

Rahmen ebenfalls mit dem Ziel der Gesundheit im Straßenverkehr und dem Umweltschutzgedanken.

Die Autowelt befindet sich nicht nur in Bezug auf die E-Mobilität im Umbruch, sondern auch in einem immer stärker werdenden in Hinblick auf das ‚autonome Fahren‘. Am 27.07.2021 erfolgte die Verkündung des Gesetzes über das autonome Fahren im Bundesgesetzblatt, sodass das Gesetz am 28. Juli 2021 in



> ... und heute

Die Abteilung 4 **Typgenehmigung** sorgt für den technischen Part im Kreislauf der Verkehrssicherheit der Bundesrepublik Deutschland. 70 Jahre Typgenehmigungen von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen.

Eine große Anzahl von Ingenieuren sorgt dafür, dass Fahrzeugtypen und Fahrzeugteile nur dann in den Straßenverkehr gelangen, wenn sie die Normen der EU-Richtlinien beziehungsweise StVZO erfüllen. Dabei umfasst das Spektrum quasi das „1 PS“-Fahrrad mit Hilfsmotor über den 2 000-kW-Eisenbahnmotor bis hin zu landwirtschaftlichen Zugmaschinen, die sich modernster Informationstechnik bedienen. Die Typgenehmigung agiert im gesetzlichen

Kraft treten konnte. Ziel soll es sein, bis zum Jahr 2022 Fahrzeuge mit entsprechenden Fahrfunktionen in den Einsatz zu bringen. Die Abteilung 4 wird einen nicht unerheblichen Teil zu dem Vorhaben beitragen.

In der Abteilung 5 **Marktüberwachung** sind die Aufgaben Feldmaßnahmen, Fahrzeug- und Produktprüfungen und Sanktionen seit dem 1. Januar 2017 zusammengefasst worden.

Die Marktüberwachung überprüft die in den Verkehr gebrachten Kraftfahrzeuge und Fahrzeuge sowie dazugehörige Produkte auf die in der Typgenehmigung festgehaltenen Regelungen und Normen. Sie leitet bei Mängeln und

Nichteinhaltung von Bestimmungen Rückrufe ein und treffen weitere Maßnahmen im Bereich der vorgesehenen Sanktionen. Dazu wurden technische Einrichtungen geschaffen, die dem Amt den Aufgabenbereich Fahrzeug- und Produktprüfung vor Ort ermöglicht und den Ingenieuren mit modernster Technik die notwendigen Entscheidungen treffen lässt.

Die Abteilung führt für die Information der Kraftfahrzeughalter und -halterinnen eine Rückrufdatenbank mit allen fachspezifischen Informationen rund um die Erkenntnisse aus

der ihr übertragenen Überwachung. Des Weiteren beobachtet sie auch den Markt hinsichtlich unzulässiger Fahrzeuge und Fahrzeugteile, die in den Verkehr genommen wurden bzw. in den Verkauf gebracht wurden. In diesem Feld agiert das Kraftfahrt-Bundesamt nach den geltenden Bestimmungen auch als Bußgeldbehörde und leitet Verfahren z. B. gegen „Fake-Produkte“ ein.

▣ Das KBA als Arbeitgeber

Für diese Aufgaben stehen dem KBA aktuell 1 108 Beschäftigte zur Verfügung. Davon befinden sich trotz aller

Verbesserungen und tariflichen Regelungen immer noch 118 Tarifbeschäftigte in einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Positiv zu verzeichnen ist, dass unter den 881 Tarifbeschäftigten aufgrund familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle mit mehr als 70 Varianten 385 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Teilzeit arbeiten können.

Die vbob Fachgruppe im Kraftfahrt-Bundesamt stellt mit über 300 organisierten Mitgliedern eine der größten Fachgruppen in unserer Gewerkschaft. Von den 13 Perso-

nalratsmitgliedern stellt der vbob sieben Köpfe, hat aber im Bereich der Tarifbeschäftigten bedauerlicherweise nur fünf Vertreter stellen dürfen.

Interessierte Leserinnen und Leser finden mehr Informationen und weiterführende Details unter https://www.kba.de/SharedDocs/Downloads/Presse/70_jahre_KBA_festschrift.pdf?__blob=publicationFile&v=2 in einer von der Pressestelle des Kraftfahrt-Bundesamtes zum 70-jährigen Bestehen des Amtes herausgegebenen Broschüre.

n. haack

Klausur Bundesvorstand Forderungen an die neue Bundesregierung verabschiedet

Das erste Mal seit eineinhalb Jahren hat sich der Bundesvorstand des vbob wieder in Präsenz getroffen, um im Rahmen einer Klausurtagung in der dbb akademie in Königswinter über wichtige Entscheidungen auf dem Weg zum Bundesvertretertag 2022 zu diskutieren und zu beraten.

Für alle Anwesenden war das Wiedersehen ohne zweidimensionales Bildschirmformat eine schöne Erfahrung. Die Tagesordnung war anspruchsvoll und forderte die volle Aufmerksamkeit der anwesenden Mitglieder des Bundesvorstandes. Dank neuer Technologie konnte die Sitzung hybrid stattfinden, da zwei Mitglieder des Bundesvorstandes um Zuschaltung von zu Hause gebeten hatten.

▣ Bundesvertretertag 2022

Die Vorbereitungen auf den Bundesvertretertag vom 20. bis 22. Juni 2022 laufen auf Hochtouren, sodass der Bundesvorsitzende zu Beginn zunächst alle Teilnehmenden

auf den aktuellen Stand der Vorbereitungen brachte. Die Vorbereitung der vbob-internen Diskussionen zu den Anträgen, die im Vorfeld des Bundesvertretertages im höchsten Gremium, dem Bundeshauptvorstand, diskutiert werden müssen, wurden umfangreich beraten und können nun im November den Mitgliedern des Bundeshauptvorstandes vorgestellt werden. Dieser wird gemäß der geltenden Satzung wiederum Anträge an den Bundesvertretertag stellen, beispielsweise zu notwendigen Satzungsänderungen wie der Ermöglichung von virtuellen Sitzungen aller Gremien des vbob. Zur Vorbereitung der Satzungsänderung hat sich der Bundesvorstand externer

Unterstützung bedient. Darüber hinaus wird der Bundesvorstand auch Veränderungen bei den Vorbereitungen für die Delegierten vorschlagen, zum einen, weil die Absicht besteht, den Druckaufwand und somit Verbrauch an Papier zu reduzieren, zum anderen, um die Vielfalt an unterschiedlichen Versandartikeln durch digitale Lösungen zu reduzieren.

▣ Digitale Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt

Neben der Vorbereitung des Bundesvertretertages wurde ebenfalls eine erste Bilanz des Jubiläumsjahres 70 Jahre vbob gezogen. Auf Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird die virtuelle Veranstal-

tungsreihe auch im nächsten Jahr fortgesetzt. Zu Themen und Abfolge der Veranstaltungen werden wir im Dezember mehr sagen können. Für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des vbob ist in diesem Jahr ebenfalls ein Netzwerk im vbob eingerichtet worden, welches inzwischen eine große Zahl an Angemeldeten hat. Für dieses Netzwerk hat der Bundesvorstand die Absicht, Ende Januar 2022 ebenfalls in Präsenz in Königswinter zu einem ersten Austausch zu den Behörden derzeit diskutierten Veränderungen, Abschlüssen von Dienstvereinbarungen etc. einzuladen. Auch diese Einladung erhalten die Mitglieder mit Mandaten in Vertretungen im Dezember 2021.

> Der Bundesvorstand grüßt vom Thomasberg.





© vbob (2)

> Coronakonforme Sitzordnung bei der Klausursitzung

■ **Solidarische Unterstützung der Mitglieder**

Die Flutkatastrophe hat den Bundesvorstand stark beschäftigt. Der große Dank gilt allen vbobern, die gespendet haben, sowie den Fachgruppen, die sich großzügig und solidarisch beteiligten. Nach Aufstockung durch den Bundesvorstand ergibt das eine fünfstellige Spendensumme.

Der Bundesvorstand hat entschieden, dass der vbob davon 50 Prozent an das Sozialwerk des Bundes überweist. Beim Sozialwerk können betroffene vbob Mitglieder den Antrag auf

Unterstützung unabhängig von der dortigen Mitgliedschaft stellen. Die andere 50 Prozent teilen sich die Spendenorganisation "Weihnachtslicht" des Generalanzeigers Bonn, die vor allen Dingen Hilfsbedürftige in den von der Flut betroffenen Gebieten in NRW und RLP unterstützt, sowie die Stiftung des Technischen Hilfswerks, welche die im Einsatz befindlichen THWler bei eigener Betroffenheit und den Folgen der Einsätze in Flutgebieten unterstützt.

Damit hat auch der vbob einen Beitrag zur solidarischen Unterstützung Betroffener getätigt.

■ **Gewinner des Wettbewerbs zum 70. Geburtstag stehen fest**

Ebenfalls gekürt werden konnten die Gewinner des Wettbewerbs um die originellsten Glückwünsche zum 70. Geburtstag des vbob. In der Kategorie **bestes Video** hat die vbob Bezirksgruppe Münster der Fachgruppe Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gewonnen und in der Kategorie **bestes Foto** die Fachgruppe Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Beide Glückwünsche finden Sie auf der Homepage unter 70 Jahre vbob.

Inzwischen ist die Bundestagswahl erfolgt, die Ergebnisse liegen auf dem Tisch und der Bundesvorstand hat in Königswinter noch vor der Wahl ein Forderungspapier an die neue Bundesregierung verabschiedet.

Dieses enthält zu den Bereichen **Vertrauen** schaffen, **Beschäftigung** neu definieren, **Organisation** prüfen und **Beteiligung** sichern auf zwei Seiten die Kernforderungen der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Das Papier können Sie ebenfalls auf unserer Homepage finden.

fg

Aus den Fachgruppen Horst Maiwald für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Anlässlich des diesjährigen Grillfestes der vbob Fachgruppe beim BKA konnte die Vorsitzende Brigitte Becker unserem Mitglied Horst Maiwald zu fünf vollen Jahrzehnten Mitgliedschaft im vbob gratulieren.

Der Regierungsoberamtsrat a. D. nahm die Glückwünsche nebst Urkunde und Ehrennadel gerne entgegen, und auch ein Weinpräsent dürften dem rüstigen Jubilar und seiner Ehefrau noch manche angenehme Stunden bereiten. Horst Maiwald, der in der Zentralverwaltung des BKA eine kompetente und verlässliche Größe war, engagiert sich seit geraumer Zeit ehrenamtlich im Wiesbadener

Kneipp-Verein. Über diesen Weg hat er auf der Suche nach den Ursprüngen des Vereins so manches Archiv in der Umgebung kennengelernt und in seiner bekannten Akribie und Beharrlichkeit verschollen geglaubte Informationen zutage gefördert.

Wir wünschen Horst Maiwald für seine vielen weiteren Leidenschaften, hier unter anderem für das Wandern und das

Lesen, viel Zeit und Zufriedenheit; und natürlich freuen wir uns immer auf ein Wiederse-

hen im Kreis unserer Fachgruppe.

R. Steinheimer



© Richard Steinheimer

> Die FG-Vorsitzende Brigitte Becker gratuliert Horst Maiwald zur 50-jährigen Mitgliedschaft im vbob

Grillen, Wahlen und Solidarität

Bedingt durch die Corona-Pandemie trafen sich die Mitglieder der vbob Fachgruppe 58 (BSH) nach ein- und dreiviertel Jahren das erste Mal wieder. Unter freiem Himmel fand die Fachgruppenversammlung statt. Das „Haus5“ hat die vbob Mitglieder mit Grillgut versorgt.

Das Restaurant „Haus5“ ist auf dem Gelände des ehemaligen Hafenkranhauses beheimatet, dem heutigen Gesundheitszentrum St. Pauli, und hat den gesellschaftlichen Auftrag, Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Handicaps anzubieten.

Der wiedergewählte vbob Fachgruppenvorsitzende Carsten Brüggmann berichtete über die Gewerkschaftsarbeit der Fachgruppe (FG) während der letzten zwei Jahre. Die FG 58 hat derzeit 125 Mitglieder, der Wert ist auch während der Pandemie konstant geblieben.

Im Bundesamt für Seeschifffahrt (BSH) fanden letztes Jahr die Wahlen des Personalrats (PR) und Gesamtpersonalrats (GPR) statt, die trotz Corona als Präsenzwahl durchgeführt wurden, was als kritisch eingestuft wurde. Im PR Hamburg ist die FG 58 mit dem Vorsitzenden (Carsten Brüggmann), dem Beamtensprecher (Sven Thomsen) und einem weiteren Mitglied (Vanessa Schönborn) vertreten. Das vbob Mitglied Olaf Gottens-träger ist Beamtensprecher im GPR BSH. Auch in der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung (BSU) und Bundes-



> Vorgänger Hartmut Heinrich, FG-Vorsitzender Carsten Brüggmann und Gründer der FG 58, Klaus-Peter Dauer (von links)

anstalt für Verwaltungsdienstleistung (BAV) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ist jeweils ein vbob Mitglied im PR. Beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Ostsee wird der Vorsitz des PR durch das vbob Mitglied Rhetth Anthes vertreten. Carsten Brüggmann ist zudem Mitglied des Hauptpersonalrats (HPR) im BMVI.

Im BSH besteht der vermehrte Wunsch zu längerfristigem Homeoffice. Eine entsprechende Dienstvereinbarung (DV) wird derzeit ausgestaltet. Die neue DV zu Telearbeit sieht die Möglichkeit vor, dass alle Beschäftigten 60 Prozent ihrer Arbeitszeit in Telearbeit verbringen. Hierbei sind Arbeitsschutzvorgaben einzuhalten. Eine neue DV zu mobilem Arbei-

ten ist in Abstimmung. Vorgeesehen sind hier maximal 82 Tage mobiles Arbeiten, die sich jedoch für Teilzeitkräfte und Personen in Telearbeit entsprechend reduzieren. Hierbei soll die Möglichkeit bestehen, maximal zehn Tage am Stück mobil zu arbeiten.

Auf dieser Versammlung am 19. August 2021 wurden alle Positionen für fünf Jahre neu gewählt wie folgt:

- > Vorsitzender: Carsten Brüggmann
- > Stellvertreter: Frank Lööck und Kai Trümpler
- > Schatzmeisterin: Marion Heinrich
- > Kassenprüferin: Karin Andersen

Die Hamburger FG 58 begrüßt sehr, dass der vbob Gewerkschaftstag Ende Juni 2022 in der schönen Weltstadt stattfinden wird.

Aufgrund eines Beschlusses hat die FG 58 einen Solidarbeitrag in Höhe von 750 Euro an das vbob Sonderkonto *Hochwasserkatastrophe* überwiesen. Dieses Geld geht ausschließlich an betroffene Mitglieder des vbob.

cb





Kommentierte Pressestimmen

Die Lokführer der DB streikten in den vergangenen Wochen, der Frust der Reisenden war sehr groß, das Unverständnis oftmals auch. Durch die Unterbrechung des Güterbahnverkehrs und den damit einhergehenden Lieferproblemen war auch die Industrie vom Streik der GDL erheblich tangiert und von negativen Auswirkungen betroffen. Da stellt sich die Frage nach dem Rückhalt der Streikmaßnahme in der Bevölkerung und in der Politik. Aber der Reihe nach ...

„Nach dem Streik ist vor dem Streik“, titelte die Rheinische Post – Ausgabe vom 7. September 2021. Das Ende des dritten Bahnstreiks innerhalb von sechs Wochen bringt eine positive Seite und eine negative: Die Deutsche Bahn (DB) erklärte, dass sie von einem störungsfreien Hochfahren des Verkehrs ausgeht. Man gehe von einer baldigen „Rückkehr zur Normalität aus“.

Gleichzeitig drohte ein vierter Arbeitskampf, weil sich der Staatskonzern Bahn und die Lokführergewerkschaft (GDL) unversöhnlich gegenüberstehen: „Nach dem Streik kann sehr leicht vor dem Streik heißen“, sagt Karl-Peter Naumann, Ehrenvorsitzender des Fahrgastverbandes Pro Bahn. GDL-Chef Claus Weselsky äu-

ßerte im ZDF, der Streik habe bewirkt, dass „so gut wie keine Züge fahren“. Laut Angabe der Bahn fuhren jedoch rund 25 Prozent der Fernzüge und rund 40 Prozent der von DB Regio betriebenen Regionalzüge. Konzernsprecher Achim Stauss bedankte sich bei den vielen Beschäftigten, die Notdienste übernommen hatten, um den Verkehr im Interesse der Passagiere aufrechtzuhalten. Scharf kritisierte Stauss die GDL, weil diese die Streiks während der Sommerferien in mehreren Bundesländern durchgeführt hatte. „Das war unverantwortlich“, sagte er. Die Bahn kündigte erst einmal kein neues Angebot zur Beilegung des Tarifstreits an, nachdem sie ne-

ben einer Lohnerhöhung auch bis zu 600 Euro Corona-Prämie offeriert hatte.

Personalvorstand Martin Seiler hatte dabei klargestellt, dass der Vorstand nicht bereit sei, mit der GDL einen Tarifvertrag auch für Berufsgruppen auszuhandeln, bei denen sie praktisch nicht vertreten ist, wozu insbesondere die Beschäftigten der Stellwerke und in den Bahnhöfen gehörten. Wie schwach die GDL abseits ihrer Kerntruppen ist, zeigt die Streikbeteiligung, wie sie die Bahn darstellt: Von den 19 700 Lokführern der DB waren 7 500 an der dritten Streikwelle beteiligt. Aber von den 48 000 Mitarbeitenden der DB

Netz streikten nur 62, in den Werkstätten waren es nur 40 von 24 000 Leuten, in den Bahnhöfen waren es gerade einmal 22 von 7 200 Mitarbeitern, die die Arbeit verweigert hätten. Die DB erhält politische Rückendeckung. Er müsse sich schon „sehr anstrengen“, Verständnis für die Streiks der GDL zu haben, sagte Unionskanzlerkandidat und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Im Klartext: Von neuen Streiks würde der Kanzlerkandidat gar nichts halten. „Ein neuer Arbeitskampf wäre unerträglich“, sagte auch Fahrgastvertreter Naumann. Und unter den Bundestagsparteien zeigt nur die Linke Sympathie für die GDL.

„Aber das Streikrecht ist das Schwert an der Wand. Das ist, ich will nicht sagen schön, es ist ja nicht als Zimmerschmuck gedacht, aber es ist bedrohend und beruhigend in einem.“

Theodor Heuss, 31. Januar 1884 bis 12. Dezember 1963, ehemaliger deutscher Bundeskanzler auf dem DGB-Bundeskongress im Jahre 1954.

Beim letzten großen Arbeitskampf 2014 und 2015 hatte die Lokführergewerkschaft zwar durchgesetzt, neben den Lokführern auch das Zugpersonal zu vertreten, doch als Resultat daraus stimmte sie einer Aufteilung der Machtsphären zu: Die viel größere Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) mit ihren rund 190 000 Mitgliedern war demnach für den größten Teil des Konzerns zuständig, die GDL mit ihren rund 37 000 Mitgliedern kümmerte sich um ihre Leute in den Zügen. Genau diesen Vertrag ließ die GDL aber Ende 2020 auslaufen und kündigte offensive Mitgliederwerbung bei neuen Berufsgruppen an.

Im Gegenzug setzte die Bahn dann erstmals das umstrittene „Tarifeinheitsgesetz“ aus dem Jahre 2015 um: Es legt fest, dass ein Unternehmen mit mehreren Gewerk-

schaften für jeden Betrieb herausfinden soll, welche Gewerkschaft dort nun mehr Mitglieder hat. Das Ergebnis war für Weselsky und die GDL verheerend: Bei der Bahn gelten Tarifverträge der GDL nur in 16 Betrieben, die der EVG in mehr als 250 Betrieben. „Man will uns vernichten“, so Weselsky seitdem. Die Streiks bei der Deutschen Bahn sorgten auch im Gewerkschaftslager für Unmut. DGB-Chef Reiner Hoffmann kritisierte das Verhalten der GDL und forderte die Lokführergewerkschaft auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. „Was wir kritisch sehen, ist, dass hier eine Berufsgruppe wie die Lokführer ihre partikularen Interessen gegen das Gesamtinteresse aller anderen Bahnbeschäftigten durchsetzt“, sagte Hoffmann gegenüber der Presse.

Die GDL gehört jedoch zum Deutschen Beamtenbund (dbb) und nicht zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

„Deutscher Beamtenbund hilft beim Streikgeld“, Hamburger Abendblatt – Ausgabe vom 2. September 2021. Ulrich Silberbach (dbb Vorsitzender) hat hingegen öffentlich die Solidarität mit der GDL bekundet und klargemacht, dass er sowohl die Forderungen als auch den Streik für berechtigt hält. Am 16. September dann die erlösende Nachricht (tagesschau.de): „Der gordische Knoten ist gelöst“, „die Rente ist sicher“: Sowohl Bahnvorstand Seiler als auch GDL-Chef Weselsky zeigten sich zufrieden mit der Einigung im monatelangen Tarifstreit. Unter Mithilfe der Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein konnte eine Einigung erzielt werden. Die Ministerpräsidenten Ste-

phan Weil (SPD) und Daniel Günther (CDU) waren vom Deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund angesprochen worden und hatten in den Verhandlungen vermittelt. „Wir haben völlig unbelastet auf die Situation geguckt“, erklärte Weil. Gerade weil beide Politiker weder Tarif- noch Bahnexperten seien, hätten schnell die beiden Themen Altersvorsorge und Geltungsbereich des Tarifeinheitsgesetzes als „Kernpunkte“ festgestanden. Das Ziel des Streiks wurde somit erreicht! Das wiederum dürfte von allen Beteiligten, den Bahnkunden, aber auch von den politisch Verantwortlichen – um mit den bereits eingangs erwähnten Worten von Theodor Heuss zu sprechen – nunmehr als sehr „beruhigend“ wahrgenommen werden.

Der vbob trauert ...

Nachruf Hans Josel

Am 7. September 2021 verstarb unser langjähriges Mitglied Hans Josel im Alter von 92 Jahren. Hans Josel war seit 1970 vbob Mitglied von 1977 bis 1993 Vorsitzender der Fachgruppe Technische Beamte.

Für seine langjährigen und besonderen Verdienste in der Fachgruppe und für den vbob verlieh ihm der vbob Bundeshauptvorstand am 8. Juni 1990 die goldene Ehrennadel.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Bundesvorstand des vbob

Nachruf Hubert Vincenz

Am 21. August 2021 musste die Fachgruppe des vbob im BMBF Abschied von ihrem Ehrenvorsitzenden Hubert Vincenz nehmen, der im Alter von 82 Jahren verstarb.

Hubert Vincenz gehörte vom Januar 1964 bis zu seiner Pensionierung im August 2001 zunächst dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und danach dem Bundesministerium für Bildung und Forschung an. In dieser Zeit war er viele Jahre Vorsitzender des Hauptpersonalrates. Dabei prägte er das Bild eines starken Personalrates, beharrlich in der Sache, fachlich kompetent und bei allem immer menschlich.

Zugleich führte er die Fachgruppe des vbob lange Jahre als deren Vorsitzender, war 20 Jahre Mitglied des Bundeshauptvorstandes, und legte damit den Grundstein für eine bis heute starke Fachgruppe. Auch nach seinem Rücktritt von diesem Amt blieb er dem vbob weiter eng verbunden und unterstützte seine Nachfolger im Vorstand mit Rat und tatkräftiger Hilfe. Als Dank ernannte ihn die Fachgruppe zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Wir werden seinen freundschaftlichen Rat vermissen. Sein Tod erfüllt uns mit Trauer. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Fachgruppenvorstand im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Nachruf Bernd Wust

Am 1. September 2021 verstarb unser langjähriges Mitglied Bernd Wust im Alter von 86 Jahren. Bernd Wust war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand lange Zeit Vorsitzender des Personalrats der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM).

Bernd Wust konnte auf eine über 50-jährige Mitgliedschaft im vbob zurückblicken. 1968 trat er dem vbob bei und stand der Fachgruppe Berlin in verschiedenen Funktionen, unter anderem als stellvertretender Vorsitzender (1983), als deren Vorsitzender (1989) sowie bis 1991 als deren Geschäftsführer vor.

Die Fachgruppe 54 BAM prägte er seit ihrer Gründung 1991 als Fachgruppenvorsitzender bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1997. Ebenso vertrat er als langjähriges Mitglied des BuHaVo die Vorschläge und Anliegen seiner Fachgruppe. Ebenso vertrat er engagiert die Interessen des vbob in den Fachgremien des dbb in Bund und Land. Lange nach seinem Ruhestand erklärte er sich bereit, die erste Niederlassung des vbob in Berlin mit aufzubauen. Nach einer Übergangszeit übergab er dann im Juni 2000 das vbob Hauptstadtbüro an Frau Hoffmann und verabschiedete sich endgültig in den Ruhestand.

Sein Eintreten für die Mitglieder der Fachgruppe und die Beschäftigten in der BAM und für den vbob war beispielhaft. Seine Erfahrung und sein stets guter Rat werden uns fehlen.

Wir werden uns seiner stets in Ehren erinnern.

Die Fachgruppe 54 (BAM)